

Die Kommission für die Reichsbeamtenpensionsgesetz beschloß heute nach dem Antrage Erzberger-Graf Ortolano, daß die pensionsfähige Dienstzeit nach Vollendung des 18. Lebensjahres beginnt (seither 21. Lebensjahr).

Der Präsident des protestantischen Oberkonsistoriums Dr. Curtius in Straburg hat, wie verlautet, bereits sein Entlassungsgesuch eingereicht. Besonders große Freude wird dabei bei der „Wartburg“ herrschen, welche Dr. Curtius feindlich gegenübersteht.

Die Farmerentschädigung soll in der kommenden Woche beraten werden; die Kolonialdärmer sind eifrig an der Arbeit, um die 7 Millionen für ihre Günstlinge flüssig zu machen. Die Regierung fordert fast für alle im Aufstand Geschädigten, auch für die Kaufleute, volle Entschädigung, mit Ausnahme der Landgesellschaften, der Landesverräter und derjenigen Ermordeten, die keine Angehörigen im Schutzgebiet selber hinterlassen haben. Von den bewilligten 5 Millionen aber haben u. a. Weibisse erhalten solche Gesellschaften, deren Aktionäre Millionäre sind, Fürsten, Herzöge, Prinzen, Grafen usw. Das sind doch keine Kollektenden; auch Leute, die im Lande steinreich geworden und am Aufstande Millionen verdienten, sollen nun noch „entschädigt“ werden. Wer gibt denn unseren Vätern und unseren Arbeitern solche „Entschädigungen“?

Das preussische Abgeordnetenhaus beriet zunächst das Lehrereinstellungsgesetz und stimmte dem zu. Dann folgte die konservative Interpellation über die Verteuerung der Kohlen. Graf Ranig begründete sie eingehend und forderte zunächst einen Ausfuhrzoll und Beseitigung der Ausfuhrzölle auf der Eisenbahn; gegen erstere Forderung hatte der Handelsminister lebhaftes Bedenken, letztere Anregung will der Eisenbahnminister näher prüfen. Der nationalliberale Abg. Hirsch fand alles in Ordnung; der Zentrumsabg. Verold betonte, wie die Landwirtschaft unter den hohen Preisen leide; das Syndikat aber preisregulierend und günstig gewirkt habe. Gegen Ausfuhrzölle habe er Bedenken, die er näher darlegte.

Der „Weltfeiertag“. Die Feier des 1. Mai flaut von Jahr zu Jahr mehr ab. Uebereinstimmend wird aus ganz Europa gemeldet, daß heuer die Zahl der Feiernden erheblich geringer war als im Vorjahre. In Berlin trotzten die Bauarbeiter der Drohung der Arbeitgeber und streikten. Die Wirkung folgt auf dem Fuße nach. Sämtliche hiervon betroffenen Arbeitgeber sperren die Arbeiter bis Montag, den 6. d. M., aus. Nur dort, wo die Arbeiter sich vorher mit den Unternehmern verständigt hatten, sind Mahregelungen nicht vorgekommen. Ein gleiches Verhalten beobachteten auch die Arbeitgeber in der Holzindustrie und in der Metallindustrie, wo die Arbeiter entweder bis zum Ende der Woche, oder auf unbestimmte Zeit ausgesperrt sind. Auch in den Schachfabriken, in der Textilindustrie und in zahlreichen anderen Werkstätten ist es infolge der Mafseier zu Differenzen gekommen. Die Zahl der ausgesperrten Arbeiter läßt sich zur Zeit noch nicht annähernd feststellen. Für Freitag vormittag sind Versammlungen der in Frage kommenden Gewerkschaften einberufen, um die weitere Taktik festzusetzen. In verschiedenen Vororten, wo am 1. Mai Unzüge projektiert waren, wurde die Genehmigung von der Behörde verweigert. — In Kassel wurden 8000 Arbeiter wegen der Mafseier ausgesperrt, in Elberfeld 2000 auf 10 Tage. Der Verband der sächsischen Textilindustriellen beschloß, mehrere tausend Arbeiter wegen der Mafseier auf einige Tage auszusperrn. In München sollen 10 000 Arbeiter ausgesperrt werden. In Halle kam es zu heftigen Zusammenstößen der Sozialdemokraten mit der Polizei, wobei mehrere Personen verwundet wurden. 32 Verhaftungen wurden vorgenommen. — In Rom hatte die Polizei das sozialdemokratische Meeting verboten. Trotzdem fanden sich einige Tausend Demonstranten im Botanischen Garten ein und hielten das Meeting ab, bei welchem es zu Prügeleien kam. Die Polizei nahm 120 Verhaftungen vor. Die Textilindustriellen des Bezirkes Brianza, Provinz Como, haben 6000 Arbeiter wegen der Mafseier für vier Wochen ausgesperrt. — In Paris wurde in den meisten Geschäften und Werkstätten gearbeitet. Nur um die Arbeitsbörse herrschte reges Leben. Es sollen in Paris gegen 800 Personen wegen Tragens verbotener Waffen usw. verhaftet worden sein. In der Arbeitsbörse fand eine Versammlung statt, bei welcher der Vorsitzende Gambon, ein entlassener Staatsbeamter, dem Kabinett vortrug, es verleihe seine Vergangenheit und halte die Bourgeois der Regierung über die sozialistische Bewegung auf dem Laufenden. Ferner trat der Redner für die antimilitaristische Propaganda ein. Nach Schluß der Versammlung kam es auf der Straße zu erregten Ausbrüchen. Die Gardes Republicaines mußten gegen die Ansammlungen vorgehen. In Paris wurden im Laufe des Tages im ganzen 700 Verhaftungen vorgenommen. — In Petersburg ruhte die Arbeit nur teilweise in den großen Industriezentren des westlichen Gebietes. In Lodz kam es zu blutigen Zusammenstößen. Kundgebungen haben nicht stattgefunden. — In London zogen mehr als 1000 Arbeiter durch mehrere Hauptstraßen. Es kam nirgends zu Unruhen. — In Spanien verlief der Tag bis auf einige Zwischenfälle in Barcelona vollständig ruhig.

Einem Erfolg für die Landwirtschaft hat der Zentrumsabgeordnete Eved am Donnerstag in der Budgetkommission erzielt, indem die Kommission folgendem Antrag Eved zustimmte: „Die verblüdeten Regierungen zu ersuchen: 1. Inmilde bald durch entsprechende Aenderung der Bestimmungen der Getreideordnung die Verzollung familiärer Getreide nach dem Maße von 4 Hektar für 100 Hektar vorzuschreiben, welche zur Verwendung für Brauereien oder Brennereizwecke geeignet oder bestimmt ist; 2. den Zollfuß von 1,30 M. für 100 Hektar nur auf solche Getreide zur Anwendung zu bringen, welche in geeigneter Weise durch Rigen, Quetschen, Färben usw.) amtlich gekennzeichnet oder nachgewiesenermaßen zu Futterzwecken verwendet worden ist; 3. zur Sicherstellung dieser Maßnahmen zu veranlassen, daß die Verwendung der amtlich gekennzeichneten Getreide (Ziffer 2) zur Herstellung von Malz, sowie die Verwendung solchen Malzes zu Brauerei- oder Brennereizwecken unter entsprechend hohe Strafen gestellt wird.“ Damit hat das Zentrum erreicht, daß es vermieden wird, daß Malzgerste

als Futtergerste eingeführt wird, was für die Getreidebauern sehr wichtig ist.

Preussische Orden. In der „Allgemeinen Rundschau“ (Wochenheft für Politik und Kultur, München, Nr. 18) spricht Dr. Verjen über dieses Thema folgende offene Worte aus: „Man hat mehrfach behauptet, daß unter der Regierung von Wilhelm II. I. R. manches entwertet worden sei. Ganz sicher gehören die preussischen Orden dazu. Selbst die Ritter vom hohen Orden des Schwarzen Adlers befinden sich ja heute nicht mehr in einwandfreier Gesellschaft. Man denke an den famosen General Stöpsel — pardon! — Stöpsel, den gloriosen Verteidiger von Fort Arthur! Ob er sich auch den Schwarzen Adler umgehängt hatte, als er auf der Armeeüberbank der militärischen Feiglinge lag? Geholten hat ihm die Dekoration jedenfalls nicht. Und jetzt trägt sie auch der Fürst von Monaco, le prince de rouge et noir! Und worin besteht das Verdienst dieses Herrn, das ihn den höchsten preussischen Würdenträgern gleichstellt? Er hat eine Sängergesellschaft nach Berlin geschickt, von der die Berliner Kritik behauptet, daß sie unter aller Kritik gesungen und gespielt hat. So sagt beispielsweise Karl Krebs im „Tag“: „Was haben die Monagassen uns gebracht? Nichts, was wir nicht viel besser hätten. Denn wir haben bessere Kapellmeister, bessere Solisten, einen besseren Chor, eine bessere Regie und bessere Stücke.“ Das dürfte genügen; denn wenn einer richtig urteilt, so ist es Karl Krebs. Aber der Führer dieser Sängergesellschaft erlangt den Kronenorden 2. Klasse, einen Orden, den beispielsweise ein preussischer Gymnasialdirektor nach 40-jähriger Dienstzeit noch lange nicht erhält. Raoul Gumbourg heißt dieser Held aus Monte Carlo. Eigentlich heißt er ganz anders und sein — jenseitiger Stammvater führt nach Jassy! Al! Heil! Und doch die offiziell gestempelte preussische Kunstpolitik! Solisten aus Monte Carlo erhielten den Kronenorden 4. Klasse, dessen ein höherer preussischer Beamter in seltenen Fällen erst nach mindestens 15-jähriger Dienstzeit würdig erachtet wird. Wo waren die preussischen Minister mit ihrem Präsidenten Fürsten Bülows? Auch derartige scheinbare Neuherlichkeiten fallen in einer konstitutionellen Monarchie unter die Ministerverantwortlichkeit. Die verantwortlichen Räte des Königs haben die Pflicht, vor Schritten zu warnen, die dem Ansehen der Krone abträglich sein können. Und wenn sie dazu nicht den Mut haben oder kein Gehör zu finden glauben, müssen sie ihren Platz räumen.“

#### Oesterreich-Ungarn.

In den Wahlen. Es wäre ein müßiges Spiel, wollte man schon jetzt das Parteienverhältnis des nächsten Abgeordnetenhauses abzuschätzen versuchen. Die 516 Volkvertreter, die vom 14. bezw. 21. Mai d. J. an die Stierde Oesterreichs darstellen, dürften zusammen ein sehr scheinbares Bild repräsentieren. Das allgemeine Wahlrecht, die neue Einteilung der Wahlbezirke und die in mehreren Kronländern beschlossene Wahlfrist, diese drei Faktoren dürften zusammen die größten Überraschungen im Wahlkampf bewirken. Ueber die nichtdeutschen Parteien ist es heute am schwersten, die Situation abzuschätzen, nur das scheint sicher zu sein, daß aus Währen die katholischen Tschechen in großer Zahl erdienen dürften und daß die Jungtschechen dank der zerkleinernden Taktik des Juden Dr. Stransky einen großen Teil ihrer Mandate an andere tschechische Parteien, namentlich an die Agrarier werden abgeben müssen. Vom ehemaligen „slawischen Ring“ dürften nur die „Polen“ ministeriell bleiben und auch der Polenklub wird durch die größere Anzahl der Ruthenen nicht mehr jenen Fels darstellen, der er einst für viele Ministerien war. Auf deutscher Seite erscheint als die mächtigste Partei die Christlich-sozialen, wenn auch die übertriebenen Hoffnungen mancher Provinzzeitungen sachlich nicht begründet sind. Die Deutschfortschrittlichen herben in den Alpenländern jämmerlich aus und auch die Aufrüstungsversuche, die in Wien gemacht wurden, führten zu keinerlei wesentlichen Resultaten. Nur in Böhmen werden die Deutschfortschrittlichen einige Mandate den Deutschradikalen wieder abnehmen. Speziell in Trautau dürfte der Führer der Deutschfortschrittlichen Dr. Eyringer über den Apostaten und Gefinnungsakrobaten Karl Hermann Wolf siegen, dieser wird wohl bald ganz von der Bildfläche verschwinden. Seine Freunde, die Freialldeutschen, die jetzt wie die Ros von Rom-Verweigung so auch den Antisemitismus zurückgestellt haben, dürften jedoch in sehr ansehnlicher Zahl im Abgeordnetenhaus erscheinen. Die Alldutschen, die konsequenteren Köpfe des Evangelischen Bundes, sind endgültig verloren. In jämmerlicher Zahl werden diese Vorkämpfer eines protestantischen Hohenzollernreiches wiederkehren. Allem Anschein nach wird die deutsche Volkspartei bei den Reichstagswahlen bedeutende Einbußen erleiden. Die Frage: Kommt ein neutraler oder ein freisinniger antichristlicher deutscher Block zu stande, läßt sich heute absolut nicht beantworten. Die meisten politischen Parteien vermeiden derzeit die kulturkämpferischen Töne.

Versammlungen jüdischer Studenten an den Hochschulen in Czernowitz, Lemberg, Krakau, Prag, Brinn und Wien beschloßen übereinstimmend, an den Unterrichtsminister ein Memorandum zu richten, in welchem sie die Anerkennung der jüdischen Nationalität als solche an den österreichischen Universitäten und technischen Hochschulen verlangen.

Rom. Auf Wunsch des Papstes ist die Ueberführung der Asche Leo XIII. nach der Vollzucht des Lateran auf unbestimmte Zeit verschoben worden.

#### Italien.

Der Erzbischof von Perugia beim König. Die Tatsache, daß der Erzbischof von Perugia dem Könige gelegentlich der Eröffnung der Ausstellung in dieser Stadt einen Besuch abstattete, wird viel besprochen, da Perugia im alten Kirchenstaat liegt. Uebrigens empfing der König vor Jahren auch den Besuch des Kardinals Svampa in Bologna.

#### Belgien.

Das Ministerium ist wie folgt gebildet worden: Präsidium und Inneres de Trooz, Finanzen Liebaert, Justiz Renkin, Eisenbahnen Delebutte, Industrie Hubert, Kunst und Wissenschaft Deschamps, Krieg Delebutte, Auswärtige Angelegenheiten d'Avignon, Oeffentliche Arbeiten Delebutte.

#### Frankreich.

Der „Figaro“ schreibt zu Bülow's Reichstagsrede: Sie kommt zur rechten Zeit. Es bedurfte dieses kalten Wasserstrahles, um die Herbenanfalle über Annäherung, Einbernehmen und dergleichen zu unterbrechen. Die bisherigen scheinbaren Annäherungsversuche der deutschen Diplomatie waren nicht ernst und diese wickeln sich gewaltig. Wenn Frankreich der vermeintlichen Einladung höflich nachkam. Die deutsch-französische Annäherung ist ein vorrückender und etwas ungejunger Traum. Man gefährdet die Beziehungen der beiden Länder, wenn man von ihnen auf einmal zuviel verlangt. Der Friede muß genügen, und wir können zur Stunde nicht mehr verlangen. Deutschland bringt es nicht fertig, uns zu verstehen; das ist schlimm, aber wir müssen uns damit abfinden. Wenn wir eines Tages auf unserem Wege Deutschlands Freundschaft begannen sollten, könnte es nur durch Zufall und unter der Bedingung sein, daß wir sie nicht suchen.“

#### Portugal.

Das Ministerium ist folgendermaßen endgültig gebildet worden: Auswärtige Angelegenheiten Luciano Monteiro; Justiz Teixeira Abreu; Finanzen: Martins Carvalho.

#### England.

Die Kolonialkonferenz zu London nahm die Beratung über die Vorzugsbehandlung wieder auf. Botha trat entschieden den Ansichten des australischen Premierministers Deakin in Bezug auf Vorzugsbehandlung entgegen und erklärte nachdrücklich, daß es für seine Regierung notwendig sei, sowohl britische als auch andere Waren mit Zöllen zu belegen. Botha protestierte gegen jeden Versuch, die einzelnen Regierungen zu binden und sie in Lastangelegenheiten ihrer Freiheit zu berauben. Mac Kay (Indien) und Bond (Neufundland) erklärten sich energisch gegen die Schutzzölle. Den gleichen Standpunkt vertrat Schatzkanzler Asquith namens der britischen Regierung. Lyne (Neu-Südwest) sprach sich zugunsten der Vorzugsbehandlung aus.

#### Dänemark.

In einer Zuschrift des Ministerpräsidenten Christensen an die Zeitung „Nationaltidende“ wird erklärt, daß die dänische Regierung bezüglich des Verteilungswesens mit Deutschland kein geheimes Uebereinkommen abgeschlossen habe und auch nicht im Begriffe sei, ein solches abzuschließen. Die Politik der Regierung sei die der Neutralität, nicht die der Allianzen.

Der König und die Königin von Dänemark sind nach herzlicher Verabschiedung von dem norwegischen Königs-paar am 2. d. M. nach Kopenhagen zurückgereist.

#### Russland.

In der Reichsduma hat sich eine neue Partei gebildet, die sich Volkswohl nennt und in ihrem Programm auffordert, die gemäßigten Elemente möchten sich vereinigen, um schneller das Vaterland zu beruhigen und die Not der Bevölkerung zu erleichtern. Die Regierung soll ausschließlich durch den Jaren ernannt werden und ihm verantwortlich sein.

Am 2. Mai fand im Ministerium des Aeußeren eine Sitzung der russisch-japanischen Konferenz bezüglich des Abchlusses eines Handelsvertrages statt. In dieser Sitzung wurde der Wortlaut des Vertrages selbst, sowie der Separatartikel des Protokolls und der diplomatischen Noten über die speziellen Konzeptionen, die beide Seiten einander gewähren, festgesetzt. Die formelle Unterzeichnung durch die Bevollmächtigten Russlands und Japans wird in der nächsten Zeit erwartet.

Am 1. Mai kam es in einem im Wiborger Stadtteil von Petersburg gelegenen Gefängnis zu Unruhen, die zwar bald aufhörten, sich aber am 2. d. M. in heftigerer Form wiederholten. Politische Gefangene stellten Forderungen. Einige zerbrochen Fensterscheiben, sprengten die Türen und lärmten. Eine Kompanie Soldaten sah sich veranlaßt, zu schießen. Ein Gefangener wurde getötet, mehrere wurden verwundet.

Auf der Bahnlinie Barzin-Liharja wurde ein Eisenbahnpassagier in der Nähe der Station Balkowo im Wagon von mehreren Bewaffneten ermordet und einer Summe von 60 000 Rubel beraubt.

#### Spanien.

Der englische Konful Graves in Saloniki hat den von griechischen Briganten entführten Sprößling der bekannten anglo-levantinischen Familie Abbott losgekauft. Das Lösegeld betrug 15 000 englische Pfund gegen 25 000 Pfund, die die Briganten ursprünglich verlangt hatten. Das Geld wurde von der englischen Regierung hergegeben, natürlich auf Rechnung des türkischen Staatsbüchseis.

#### Amerika.

Ein Attentat gegen den Präsidenten von Guatemala. Man meldet uns vom 30. April: An einer Straße von Guatemala explodierte gestern um 8 Uhr früh in dem Augenblick eine Mine, als Präsident Estrada Cabrera vorbeifuhr. Der Präsident blieb unversehrt, dagegen wurden der Chef des Militärkabinetts José Maria Drexler und der Aufseher des Präsidenten getötet. Die Verschwörer hatten einen Tunnel von einem Hause der 7. Avenue, das an einen Mann namens Rafael Rodol vermieter ist, gegraben und in dem Tunnel Explosivstoffe niedergelegt, die durch eine Batterie vom Hause Rodols aus zur Explosion gebracht wurden. Zahlreiche Personen, die der Teilnahme an der Verschwörung verdächtig sind, wurden verhaftet.

(Weitere Rundschau im zweiten Blatt.)

#### Aus Stadt und Land.

(Mitteilungen aus unserem Bezirke mit Annahmestellung für diese Rubrik nach der Redaktion abgesetzt willkommen. Der Name des Unterreders bleibt geheimnisvoll der Redaktion. Anonyme Zuschriften müssen unbedenklich bleiben.)

Dresden, den 3. Mai 1907.  
Tonestaender für den 4. Mai 1901 Annahme des Reichsinhaltsvertrages durch den Reichstag. 1897 Brand des Reichsinhaltsvertrages in Paris. 1848 Proklamierung der Republik in Paris. 1815 \* Franz Adam. Herr. Schlichtmalter

Wetterprognose des Königl. Säch. meteorologischen Instituts zu Dresden für den 4. Mai: Wind und Bewölkung: mäßige südliche Winde; vielfach heiter. Niederschlag und Temperatur: Regen, wärmer.

Se. Majestät der König jagte in den Vormittagsstunden nochmals im Werfersbacher Revier auf